

Ueber die sächsischen Wahlverhältnisse ist der Berliner "Nat.-Ztg." von deutsch-freisinniger Seite eine längere Korrespondenz zugegangen, aus welcher zu ersehen ist, daß die Fortschrittler zunächst auf den alten Besitzstand an Mandaten rechnen. Von den derzeitigen Vertretern werden Budberg, Rittau und Wolsoldt-Pirna wieder in ihren Wahlkreisen kandidieren und, wie die genannte Zeitung glaubt, auch ihre Mandate behaupten. Für Rutschbach-Bischopitz, der seit den letzten Wahlen von Chemnitz nach Krefeld übergesiedelt ist, tritt bekanntlich Dr. Max Hirsch, der Anwalt der deutschen Gewerbetreibenden, ein. Ebenso wird im Meissen-Großhainer Kreise für den Abg. Rämpfer, der eine Wiederaufstellung abgelehnt hat, ein Ersatzmann aufgestellt werden. Der Döbelner Kreis ist zur Zeit durch den Abg. Walter in Dresden vertreten; es gewinnt aber den Anschein, daß dort bei der Wahl der nationalliberale Fabrikant Kommerzienrat Niethammer, bisher Vertreter von Reichenbach i. B., der Kandidat der Liberalen sein wird, während Walter sich hauptsächlich um einen der beiden Kreise der Landeshauptstadt bewerben dürfte. Endlich gehört zur Zeit auch der Kreis Wittenberg den Deutsch-Freisinnigen. Der Abgeordnete, desgleichen, Fabrik- und Gutsbesitzer Fährmann, sich um das Mandat von neuem zu bewerben gedenkt, ist noch nicht bekannt geworden. Das sind 7 Mandate; nebenbei hofft der betreffende Korrespondent aber auch noch auf 7 andere, wobei allerdings beigefügt wird, daß den Freisinnigen der Kampf dabei heiß werden dürfte. Welche sich dem Mittel-Deutschen Land, der Kreis des Geh. Hofrat Altmann; Leipzig-Stadt, dessen nationalliberaler Vertreter Bürgermeister Dr. Stephan auf eine Wiederwahl verzichtet; Chemnitz, dessen Abgeordneter gegenwärtig der Sozialdemokrat Geiser ist; sodann Zwickau-Crimmitschau und Schneeberg-Stollberg, von denen jetzt ersterer Bezirk durch den Sozialdemokraten Stolle, letzterer durch den deutsch-konservativen Rittergutsbesitzer Ebert vertreten ist. Im Wahlkreise Glauchau-Meerane gedenken die Deutsch-Freisinnigen die Wiederwahl des nationalliberalen Abg. Leuschner und in Annaberg die des nationalliberalen Abg. Holzmann zu unterstützen.

Um ein ferneres Entspringen von Sträflingen aus dem Landgerichtsgefängnisse zu Freiberg, wie es in letzter Zeit einige Male vorgekommen ist, zu verhindern, ist die Umfassungsmauer des genannten Gefängnisses um 5 Meter erhöht worden.

Schreckliche Verunstaltungen, die seinen Tod herbeiführten, hat ein Arbeiter am Dienstag in der Dampfmaschine in Wurzen erlitten. Auf welche Weise die Verunglückung geschehen, ist noch nicht aufgeklärt, da der Arbeiter tot aufgefunden wurde. Dem Leichnam fehlte ein Bein vollständig, welches ausgerissen war und ein Stück vom Plage aufgefunden wurde, vom anderen Beine war ein Stück in der Wadengegend abgerissen, welches sich auch in kurzer Entfernung vom Körper auf fand.

Die gestrige Notiz über einen Unglücksfall in Stollberg, dadurch herbeigeführt, daß Kinder mit Streichhölzchen spielten und eines derselben durch Anbrennen der Kleider schrecklich verbrannte, ist dahin zu ergänzen, daß das verbrannte Kind schon am Tage nach dem Unfalle seinen Leiden erlegen ist.

Ein eigentümliches Zusammentreffen fand am Dienstag auf der Promenade in Karlsbad statt: der schon länger in Europa aufhältliche Erzhedive von Aegypten, Ismail Pascha, welcher jetzt in Marienbad die Kur gebraucht, besuchte seinen Sohn Ibrahim in Karlsbad und traf zufällig mit der einst so gefeierten und von ihm bei der Einweihung des Suezkanals besonders ausgezeichneten Kaiserin Eugenie zusammen — beide im Exil! Nach kurzer Unterhaltung in französischer Sprache schieden die Gemahlinnen, wie es schien, ergriffen von einander. Wie verhältnißlich übrigens die früher auf den Höhen der Menschheit wandelnde Frau geworden ist, möge daraus entnommen werden, daß Eugenie am Montag ein für den Grafen Chambord, den verstorbenen Vertreter des älteren Hauses Bourbon und dessen Ansprüche auf den Thron Frankreichs, abgehaltenes Totenamt besuchte.

Tagesgeschichte.
Deutsches Reich.

Ueber die Kaiserzusammenkunft fehlen noch immer alle bestimmten Nachrichten. Gegenüber anders lautenden Mitteilungen glaubt die "Nat.-Ztg." mit Bestimmtheit versichern zu dürfen, daß es sich doch um eine gleichzeitige Begegnung der 3 Kaiser handelt.

Kronprinz Friedrich Wilhelm hat die Insel Mainau verlassen und in den letzten Tagen Truppenbesichtigungen in Süddeutschland vorgenommen. Am 26. d. besichtigte er die 54. Infanteriebrigade unter General v. Wiltern bei Dellmensingen in Württemberg. Vom Exerzierfelde begab sich der Kronprinz nach Ulm und besichtigte dann die 53. Infanteriebrigade unter Generalmajor v. Grävenitz bei Dornstadt. Abends wurde die Reise nach Stuttgart fortgesetzt, wo der Kronprinz im Schlosse abstieg. Gestern früh fand Truppenbesichtigung Ludwigsburg statt.

Von einer Besserung im Befinden der am Schloßlinder erkrankten Prinzessin Wilhelm ist leider noch nichts zu melden. Das gestern ausgegebene Bulletin besagt, daß die Prinzessin keine bessere Nacht gehabt hat und eine Abnahme der Krankheitsercheinung nicht eingetreten ist.

Die Nachrichten aus Varzin über das Befinden des Fürsten Bismarck lauten überaus günstig. Der Fürst ist so frisch, wie seit vielen Jahren nicht; auch die Fürstin hat sich vollständig erholt.

Von nicht zu unterschätzender politischer Bedeutung erscheint die am 26. d. vom französischen Votschafter in Berlin, Baron Courcel, nach Varzin unternommene Reise, um mit dem Fürsten Bismarck zu konferieren. Ohne Zweifel bilden den Gegenstand der Beratung die hinesischen Verwickelungen und wenn auch nicht angenommen werden kann, daß der Reichszänker die Mittelsperson in dem Konflikt spielen werde, so wird doch allem Anschein nach sein Rathschlag in der Angelegenheit zur Geltung gelangen, nachdem man schon früher seine Thätigkeit als englischer Malter zu würdigen alle Veranlassung hatte.

Das vom Generalonul Dr. Nachtigal für Deutschland beanspruchte Gebiet in Westafrika ist weit größer, als es nach den ersten Meldungen schien. Dem "Hamb. Korr." wird noch aus Mabeira gemeldet, daß sich auch die Küstenstrecke südlich des Camerungebietes bis Batanga hin in deutschen Händen befindet; Dr. Nachtigal habe die deutsche Flagge in Walimba, Klein-Batanga, Groß-Batanga aufgehißt. Deutschland hat also eine eigene große überseeische Besitzung, eine Kolonie. Erforderlich ist allerdings noch die Zustimmung des Reichstages.

Die offizielle Besichtigung der Antwerpener Weltausstellung durch die meisten europäischen Staaten darf als gesichert betrachtet werden. Bezüglich Deutschlands ist, obwohl die Beteiligung sehr bedeutend zu werden verspricht, aber noch keine Entscheidung erfolgt.

Eine Erhöhung des Getreidezolles dürfte dem nächsten Reichstage sicher vorgeschlagen werden. So schreibt die "Nordd. Allg. Ztg.": "Unsere, ausländisches Getreide einführenden Handelsströme scheinen den brillanten Ausfall der diesmaligen deutschen Ernte an Brotfrüchten nur als eine Ermütigung zur desto umfangreicheren Ueberschwemmung des heimischen Marktes mit fremdem Getreide zu betrachten. Wie aus Königsberg, einem der Hauptstapelplätze für Getreide, gemeldet wird, war daselbst die Getreidezufuhr im Laufe der vergangenen Woche eine sehr rege, es kamen täglich zwischen 200 bis 250 Waggons Getreide an, von welchen nur ca. 30 bis 40 täglich mit inländischem Getreide beladen waren, während die anderen russisches zur Stelle brachten." Bei den Mühlenindustriellen, die noch immer in bezug auf Beschaffenheit russisches und anderes Getreide dem deutschen vorziehen, wird man mit Erhöhung der Einfuhrzölle für dasselbe freilich keinen Beifall finden.

In bezug auf die bevorstehenden Wahlen herrscht wie bei anderen Parteien so auch im konservativen Lager mannigfach Zweifelpalt. So haben im Wahlkreise Duisburg Konservative und Nationalliberale beschlossen, sofort für den nationalliberalen Kandidaten Hammacher zu stimmen. Dagegen opponierte indessen die hochkonservative "Ztg.". Den vollsten Beifall findet dieser Beschluß dagegen in der "Nordd. Allg. Ztg.", welche schreibt: "Man wird sich bei solchen Erwägungen nur zu vergeblichen Mühen haben, daß es gilt, den oder die schlimmsten Gegner durch derartige Bündnisse unschädlich zu machen, mögen als solche nun im Einzelfalle Sozialdemokraten, Volksparteiler, Deutschfreisinnige, Ultramontane oder andere betrachtet werden." Merkwürdig ist es ferner, daß bisher noch kein einziger Wahlausrufer erschienen. Jede Partei scheint das Vorgehen einer anderen abzuwarten zu wollen.

Ueber die Frage der Kolonialpolitik hat der bekannte deutsch-freisinnige Abgeordnete v. Lunen vor einer liberalen Wählerversammlung einen in weiteren Kreisen interessierenden Vortrag gehalten. Der Redner hob hervor, er gehöre zu den eifrigsten Freunden der Kolonialpolitik, müsse aber doch zur Vorsicht mahnen und vor Uebertreibung warnen. In den gemäßigten Zonen existiere kein herrenloses Land mehr, höchstens ein Land möchte noch wegen seines milden Klimas zu Ansiedelungen zu empfehlen sein, Patagonien in Südamerika. Ohne Zweifel könnten Deutsche auch unter dem Äquator leben und arbeiten, aber das setze eine Fähigkeit im Entsagen von Speise und Trank voraus, welche nur wenige unserer Landsleute haben dürften. Eine Kolonie, im strengsten Sinne des Wortes, in tropischen Gegenden zu gründen, gehöre für den deutschen Arbeiter zu den Unmöglichkeiten. Er könne nur eine Zeit lang dort ausdauern. In tropischen Gegenden seien deshalb nur Handelsniederlassungen, aber keine Ackerbaukolonien möglich.

Ein Kongreß der Tischlermeister Deutschlands ist am 25. und 26. d. in Berlin abgehalten worden. Es wurde die Gründung eines Tischlerinnungsbundes beschlossen, sowie in anbetragt der vielfachen Streife mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Löhne der Gesellen in ein besseres Verhältnis als bisher gebracht

werden, ferner daß die Strafbarkeit der Verleitung zu Streiken und der Annahme von Gehilfen in Arbeit ohne Rücksicht darauf, daß dieselben in einem noch nicht rechtlich gelösten Arbeitsverhältnis zu anderen Personen stehen, mehr zur Kenntnis der Beteiligten gebracht werde. Außerdem wurde der Zentralvorstand beauftragt, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß gesetzliche Arbeitslegitimationen eingeführt werden, zumal das neue Kranken- und Unfallversicherungsgesetz eine derartige Institution notwendig mache, vorläufig aber dahin zu wirken, daß von allen Innungen Arbeitsentlassungsscheine eingeführt werden und daß ohne einen solchen kein Geselle in Arbeit genommen werde. Wegen der Schwierigkeit, mit welcher Tischlereien Aufnahme in Feuerversicherungen finden, wurde der Zentralvorstand noch beauftragt, die Bildung einer Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit für Tischler anzustreben, welches Unternehmen aber nur unter Beteiligung von mindestens 4 aller selbständigen Tischler Deutschlands ins Leben treten könne. Ein weiterer dem Zentralvorstand gewordenen Auftrag betraf das Submissionswesen und ging dahin, der Regierung den Vorschlag zu unterbreiten, daß bei Prüfung von Submissionsofferten eine Kommission von wirklichen Sachverständigen auszuwählen werde. Als Vortort des Verbandes wurde Berlin gewählt.

Der preussische Eisenbahnminister hat soeben eine bemerkenswerte Verfügung an die tgl. Eisenbahndirektionen erlassen, bei welcher es sich um die Einführung einheitlicher Fahrbillets für den Reich der preussischen Staats- und der unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen bis zum 1. Januar 1886 handelt. Die bei einigen Staatsbahnverwaltungen gebräuchlichen Kuponbillets mit einem vom Schaffner abzutrennenden Kupon für die Hinfahrt, bei manchen Verwaltungen und bei Retourbillets auch für die Rückfahrt, kommt dabei in Wegfall und das einfache Kartenbillet allgemein zur Annahme. Als Farben wird an den bisherigen: gelb für die erste, grün für die zweite, braun für die dritte und grau für die vierte Wagenklasse, festgehalten. Ganz neu ist die Ausgabe besonderer Kinderbillets mit Einrichtung zur Abtrennung eines Teiles derselben. Es ist nicht zu verkennen, daß dem Reisenden durch ein einheitliches Billetsystem die in seinem Interesse liegende, durch das Betriebsreglement ihm auch zugemutete Prüfung des gelösten Billets auf seine Richtigkeit wesentlich erleichtert wird.

Hessen. Dem Prinzen Heinrich von Hessen und bei Rhein, Generalleutnant und Kommandeur der großherzoglich hessischen Division, ist unter Belassung in seiner bisherigen Stellung der Rang eines kommandierenden Generals verliehen worden.

Die Affaire Kolemme wird noch ein interessantes Nachspiel erhalten: Es wird verschiedentlich bestätigt, daß die Dame infolge der gegen sie persönlich erhobenen Angriffe ihre Einwilligung zur Scheidung ihrer Ehe mit dem Großherzog von Hessen zurückgezogen hat, bevor das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig war. Sie hat die Annahme der Rente verweigert und will dies auch in Zukunft thun, ihren Feinden, die nicht in der nächsten Umgebung des Großherzogs zu suchen sind, aber beweisen, daß sie das Licht der Dessenlichkeit nicht zu scheuen hat.

Oesterreich-Ungarn.

Nachdem Deutschland in Rücksicht auf die Cholera Frankreich gegenüber die erforderlichen Schutzmaßregeln durchgeführt hat, so hat die Regierung die ärztliche Visitation an der Grenze von Bayern bis Bodenbach auf-gelassen.

Bei den Wahlen zum Landtage in Steiermark, die nun auch für den Großgrundbesitz beendet sind, haben die Deutschliberalen eine große Mehrheit errungen. Der neue Landtag besteht aus 38 Liberalen, 4 Bauernvereinigten, 13 Clerikalen und 8 Slowenen.

England.

Eine der größten konservativen Kundgebungen, die je in Yorkshire gehalten wurden, fand am 23. d. in Rostell Priory, unweit Wakefield, dem Landstige des Parlamentsmitgliedes Winn, statt. Vormittags bildete der malerische Park mit seinen berühmten Anlagen ein ungeheures Lager. Die Besucher werden auf 130000 Personen geschätzt. 40 Extrazüge hatten die Teilnehmer aus zahlreichen Städten und Distrikten herbeigeführt. Gegen Mittag defilierten Deputierte von 193 konservativen Gesellschaften vor den Führern der Konservativen Northcote und Carnarvon vorüber und überreichten Adressen. Sämtliche bei dem nachfolgenden Meeting gehaltenen Reden hatten die Verteidigung des Oberhauses in seinem Verhalten gegen die neue Wahlreformvorlage zum Zweck.

Am 26. d. waren 70 Jahre vergangen, daß die Insel Helgoland unter englischer Herrschaft steht. Seit dem 14. Jahrhundert gehörte Helgoland zu Schleswig; im Jahre 1720 nach Beendigung des nordischen Krieges mußte der Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorp im Frieden von Frederiksborg Helgoland nebst anderen Besitzungen in Schleswig an Dänemark abtreten. Bis 1808 verblieb Helgoland bei Dänemark; da bemächtigten sich die Engländer des kleinen, aber seiner Lage wegen wichtigen Eilandes, nachdem sie zuvor, um ein Bündnis

Chemnitz-Hainichen. Hainichen-Chemnitz. Von Chemnitz nach. Von Niederwiesa nach. Von Oberlichtenau nach. Von Rosswohn nach. Hainichen-Rosswohn. Rosswohn-Hainichen.

1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10

